

Einleitungsreferat von Gerd-Peter Zielezinski bei der „Privatisierungsdiskussion“ von RABE am 25.10.2007.

Gerd-Peter Zielezinski ist Stadtrat in Wuppertal auf der Liste der PDS.

Ich bin gebeten worden, über die konkreten Erfahrungen mit der Privatisierung in Wuppertal zu sprechen und darüber, wie wir damit umgehen.

Wuppertal ist, was Privatisierungen angeht, eine Kommune wie andere auch.

D.h. es gibt Kommunen, in denen mehr, aber auch solche, in denen weniger Bereiche privatisiert wurden.

Meine Erfahrung ist, dass bei der Umsetzung von Privatisierungskonzepten neoliberale Argumente über die angeblich positiven Wirkungen privater Dienstleistungserbringung oft nur eine untergeordnete Rolle spielten.

Die Befürworter von Marktorientierung und Privatisierung verschanzen sich meist hinter EU- Richtlinien und kommunaler Finanznot. Sie stellen ihre Politik als alternativlos dar.

Unterstützt werden diese Kräfte von Landesregierung und Kommunalaufsicht.

Kommunale Kreditaufnahme wird wegen der Haushaltssicherung abgelehnt, während langfristige Leasing-Verträge mit Privaten genehmigt werden, auch wenn der Eigenbetrieb mittels Kredit insgesamt günstiger wäre.

Der scheinbare Sachzwang der leeren städtischen Kasse führt dazu, dass auch kommunale Unternehmen sich den Gesetzen der Rentabilität unterwerfen müssen. Diese Entwicklung wird beschönigend „Modernisierung“ oder auch „Neustrukturierung“ genannt. Sie geht zu Lasten der BürgerInnen und der Beschäftigten und stellt die Weichen in Richtung weitergehender Privatisierung.

Die Finanznot ist also das Ergebnis neoliberaler Steuerpolitik, die dazu beigetragen hat, z. B. mit einer Fülle von Ausnahmeregelungen bei der Gewerbesteuer die Einnahmen der Kommunen dramatisch zu schmälern.

Gewünscht wird eine schlanke Kommune, die die Daseinsvorsorge den Privaten überlässt. Die noch vorhandenen Gemeinwohlorientierungen auf der Ebene der

kommunalen Selbstverwaltung sind den neoliberalen Ideologen offensichtlich ein Dorn im Auge. Aus diesem Grund müssen die Kommunen arm sein.

Diese steuerpolitische Umverteilung von den öffentlichen Haushalten in die privaten Taschen ist also durchaus politisch gewollt. Die vom Deutschen Städtetag angemahnte und längst fällige Gemeindefinanzreform findet nicht statt - egal wer in Berlin regiert.

So ist auch die Finanznot Wuppertals im Wesentlichen nicht hausgemacht, obwohl Missmanagement und Korruption dies in Wuppertal noch verschärft haben.

Ich möchte unsere Erfahrungen an zwei Beispielen für die im ersten Fall teilweise, im zweiten Fall vollständige Privatisierung kommunalen Eigentums in Wuppertal verdeutlichen.

1. Beispiel Wuppertaler Stadtwerke

Teile der Versorgungssparte der Wuppertaler Stadtwerke (WSW) AG wurden im Jahre 2002 verkauft.

Damals wurde vereinbart, dass 20% Anteile der Versorgungssparte an den Global Player RWE, 13% an das Unternehmen Cegedel aus Luxemburg, das mit RWE verbunden ist, gehen sollen. Cegedel musste in den Deal eingebunden werden, da RWE aus kartellrechtlichen Gründen nur 20% halten durfte.

Um konkurrenzfähig für den europäischen Markt zu werden, sei diese strategische Partnerschaft dringend erforderlich.

Tatsächlich ging es darum, 116 Mio. € für den Stadtsäckel zu erzielen. Auf die vertraglich vereinbarte Einbringung von Sachwerten seitens der RWE, die Bestandteil des Verkaufvertrages, des sogenannten Konsortialvertrags ist, haben Stadt und WSW vergeblich gewartet. Es gab noch nicht einmal vage Optionen seitens RWE bezüglich der Einbringung, obwohl die 1. Hälfte dieser Maßnahme, nämlich die Einbringung von Sachwerten in Höhe von 58 Mio. €, bis Jan. 2007 umgesetzt sein sollte. Im Juni diesen Jahres endlich - nachdem unsere Fraktion mehrfach die Rückabwicklung gefordert hatte und dies genauso oft abgelehnt wurde - beschloss der Rat den Rückkauf der RWE- und Cegedel-Anteile, allerdings mit der Maßgabe, dass ein neuer privater Käufer gesucht wird. Trotz der gemachten Erfahrungen faselt man weiter von einer notwendigen strategischen Partnerschaft, obwohl es offensichtlich ist, dass ein neuer privater Anteilseigner genauso wenig wie RWE an einer Stärkung der WSW AG interessiert ist, sondern selbstverständlich ausschließlich am eigenen Gewinn.

Die Erfahrungen mit RWE will ich kurz zusammenfassen:

Woran RWE interessiert war, geht aus dem gemeinsamen Eckpunktepapier hervor, das die Spitzen der Stadt Wuppertal und der RWE im Dez. 2004 vorlegten. Die WSW AG, damals noch ein kombiniertes Verkehrs-, Versorgungs- und Entsorgungsunternehmen, sollte zerschlagen werden und die Versorgungssparte in den RWE-Konzern integriert werden.

Da das Vorhaben der Stadtspitze auf Widerstand in der Bevölkerung stieß, ließ man es erst mal fallen.

Die Zerschlagung, Neustrukturierung genannt, wurde allerdings letztes Jahr umgesetzt. Begründet wurde die Notwendigkeit von den Befürwortern mit dem EU-Vergabe- und Beihilferecht. Aufgrund der privaten Beteiligung sei die Abspaltung unabwendbar, da sonst die Verkehrsleistungen europaweit ausgeschrieben werden müssten.

Erinnern wir uns, 2002 wurde argumentiert, dass nur die strategische Partnerschaft mit RWE die Existenz des einheitlichen Unternehmens sichere.

2006 sind es gerade die privaten Anteilseigner, die die weitere Einheit des Unternehmens angeblich unmöglich machen.

Diese rechtliche Bewertung teilt die LINKE im Rat nicht. (Einstellung des Vertragverletzungsverfahrens EKO-City seitens der EU-Kommission) .

Sie ist der Auffassung, dass die Aufspaltung aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen erfolgte. Die WSW sollen wie ein normales kapitalistisches Unternehmen aufgestellt werden.

Unternehmensaufspaltungen sind in der Privatwirtschaft eine beliebte Methode, den Gewinn für die Anteilseigner zu steigern.

Es soll durch die Ausgliederung einer jeden Unternehmenssparte gewährleistet werden, dass diese sich ungeschützt durch innerbetriebliche Quersubventionierung dem Wettbewerb aussetzen muss.

Das Ergebnis dieser Politik ist bekannt:

Entgeltkürzungen, Stellenabbau etc. für die Beschäftigten, Gewinnsteigerungen für die Aktionäre.

Häufig ist Abspaltung nur ein Zwischenschritt, um die neue Gesellschaft zu veräußern oder zu fusionieren.

Im einheitlichen kommunalen Unternehmen WSW AG konnten über 50 Jahre erfolgreich mit den Erlösen aus der Versorgung die Verluste im Verkehr gedeckt werden. So konnte manche Zusatzleistung für die WuppertalerInnen erbracht werden.

Aufgrund der Privatisierung wurden die Stadtwerke durch den Abfluss der Dividenden an die Privaten nachhaltig wirtschaftlich geschwächt. Zumal eine von der Stadt zugesagte Kompensation von 10 Mio. € jährlich an „Regieleistung“ nie gezahlt wurde.

Die neuen Anteilseigner hätten hingegen ihre Einlagen durch die WSW-Dividenden bald wieder zurückgehabt.

Hätte die Stadt einen Kredit in Höhe der 116 Mio. € aufnehmen dürfen, wäre er nach ca. 15 Jahren zurückgezahlt, und die jährliche Belastung für Tilgung und Zins wäre nicht höher als die entgangenen Dividenden gewesen. Allein im Geschäftsjahr 2005 kassierten RWE und CegeDEL 8,6 Mio. €.

Aufgrund dieser Tatsache mussten trotz guten Geschäftsverlaufs 6 Mio. € aus der Rücklage entnommen werden, um nach dem Abkassieren der Privaten den Verkehr ausreichend subventionieren zu können. Die Situation wird sich nach der Zerschlagung der WSW AG als integriertes Versorgungs-, Entsorgungs- und Verkehrsunternehmen noch weiter zuspitzen. Neben dem Dividendenabfluss werden jährlich weitere 3,5 Mio. € fehlen, da wegen der Abspaltung ein Steuervorteil entfallen wird.

In Zukunft wird die neue Verkehrsgesellschaft mit wesentlich weniger Subventionen auskommen müssen.

Seit dem Teilverkauf gab es eine Garantie der Stadt, die Rücklage des Gesamtunternehmens nicht unter 20 Mio. € sinken zu lassen, die „Nachschusspflicht“. Diese ist mit der Neustrukturierung entfallen. Die Stadt hat nun keinerlei Verpflichtung mehr, den ÖPNV finanziell zu unterstützen.

Die durch die Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik wegbrechenden Subventionen können nur durch

1. weiteres Absenken der Entgelte und Sozialleistungen der Beschäftigten und/oder
2. Tarifierhöhungen, Qualitätsverluste und Streckenstilllegungen im ÖPNV erreicht werden.

Über die Einstellung des ökologisch sinnvollen car-sharing Projektes wird schon öffentlich nachgedacht.

Sollte die neue Verkehrsgesellschaft trotz tiefer Einschnitte beim Personal und weitgehender Kürzungen des Leistungsangebots mit den sinkenden Ausgleichszahlungen nicht klar kommen, warten schon national und international agierende Verkehrsunternehmen wie DB- Stadtverkehr, Abellio, Connex, etc., um den Laden zu übernehmen.

Wie es das Beispiel anderer EU- Länder zeigt, wird es durch Einführung der Wettbewerbsstrukturen (europaweite Ausschreibung) zu rapiden

Konzentrationsprozessen und Oligopolbildung kommen, die mittel- bis langfristig zu Preiserhöhungen und Qualitätsverlust führen. Mögliche Effizienzsteigerungen gehen zu Lasten der ArbeitnehmerInnen und der Arbeitsplätze. Die Entwicklung geht mit einem Verlust kommunaler, öffentlicher und politischer Einflussnahme und Gestaltungsmacht einher.

Die gewünschte Verlagerung von motorisiertem Individualverkehr auf den ÖPNV im Rahmen einer ökologisch orientierten und sozial gerechten Verkehrswende wird nicht möglich sein.

Ebenso verbilligte Tarife für bedürftige und behinderte Menschen. Das Recht der Menschen auf Mobilität wird weiter eingeschränkt werden, wenn nur noch Verkehre betrieben werden, die sich rechnen.

Auch auf dem Energiesektor zeigt sich, dass das Versprechen der Neoliberalen, Deregulierung und mehr Markt führe zu niedrigen Preisen, nicht eingetroffen ist. Der europäische Markt wird von einer Handvoll Oligopole kontrolliert.

Die großen Konzerne produzieren ihren Strom in Großkraftwerken. Sie können nicht wie die WSW nach dem umweltfreundlichen Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung arbeiten.

2. Beispiel Die städtischen Kliniken

Durch Vetternwirtschaft und Mißmanagement der städtischen Kliniken häuften sich ca. 200 Mio. DM Schulden an.

Ein besonders krasses Beispiel in diesem Zusammenhang war die Berufung des ACE (Automobilclub Europa)- Lobbyisten und Vize-SPD –Fraktionschefs Harald Steup zum Geschäftsführer. Das richtige Parteibuch war offensichtlich die einzig erforderliche Qualifikation für diesen Posten.

Nach dessen Ablösung arbeiteten die Kliniken wirtschaftlich. Es konnte sogar ein kleiner Gewinn erwirtschaftet werden. Dennoch wurden die Kliniken 2002 an die Helios Kliniken GmbH übergeben.

Helios übernahm zum 1.1.2003 94,9% der Geschäftsanteile sowie 38 Mio. € Schulden der GmbH.¹ Die Helios AG verpflichtete sich, in den nächsten Jahren 20 Mio. € zu investieren und die Kliniken fortzuführen.

¹ ([Pressemeldung der Stadt 25.11.02](#))

Helios kaufte die Betriebe aber erst, nachdem die Stadt rd. 66 Mio. € Schuldentilgung übernahm. Dies wiederum erforderte den Teilverkauf der WSW AG. Privatisierung zieht Privatisierung nach sich, aber dies nur nebenbei.

Das Helios-Management konzentriert sich auf einen Standort und baut Personal ab. Nach der Fremdvergabe der bis dahin hauseigenen Wäscherei kommt es zu betriebsbedingten Kündigungen.

Der Bereich der PrivatpatientInnen wird ausgebaut. Und zur Sichtbarmachung des zweigliedrigen Klassensystems wurden die Zweibettzimmer der KassenpatientInnen in Vierbettzimmer zurückverwandelt.

Heute macht Helios in Wuppertal guten Gewinn.

Die Helios Kliniken GmbH hat seit ihrer Gründung vor zehn Jahren deutschlandweit 25 Kliniken übernommen. In dieser Zeit wurden in diesen Häusern Arbeitsplätze in vierstelliger Größenordnung abgebaut.

Außerdem wurden hunderte von Arbeitsverhältnissen auf konzerneigene Tochterunternehmen übergeleitet, meist in Bereichen, in denen am Markt schlechtere Lohnbedingungen vorherrschen.² Der Krankenhauskonzern wurde Ende 2005 von dem weltweit tätigen Konzern Fresenius ProServe GmbH übernommen, der nun Mehrheitsanteileigner der Helios Kliniken GmbH ist.

Mein Resümee

Aufgabe der Linken ist es, eine umfassende Debatte anzuregen: nicht wie wenig, sondern wie viel gesellschaftliche Organisation in öffentlicher Hand verbleiben oder wieder gewonnen werden muss. Dazu brauchen wir auch eine Finanz- und Steuerpolitik, die es der Kommune ermöglicht, ihren Aufgaben nachzukommen.

Durch gerechtere Steuern und Abgaben müssen hohe und höchste Einkommen und die großen Vermögen an der Finanzierung der Staatsaufgaben angemessen beteiligt werden. Nötig dazu ist nicht nur die öffentliche Klärung der Ursachen und die Einmischung in die Politik vor Ort, sondern auch die Entwicklung von gesellschaftlichen Alternativen; dazu gehört zum Beispiel bei Privatisierung von Wohnungen der "alte" genossenschaftliche Weg.

² Privatisierung im Gesundheitswesen http://ungesundleben.org/privatisierung/index.php/Wuppertal,_Schwelm (2007-01-09)

Die kommunalen Sparkassen könnten übrigens das ihre dazu tun - solange die EU-Kommission und die Landesregierung sie noch lassen.

Es gibt privatrechtliche Unternehmungen, Genossenschaften, die die Trinkwasserversorgung und die Abwasserentsorgung gemeinschaftlich regeln, zu Dutzenden in Deutschland. Sie sind privat, funktionieren technisch und finanziell, sind nicht verschuldet, leben vom Engagement der BürgerInnen, der GenossInnen.

Obwohl sie "privat" sind, werden sie von Behörden, Banken und Mehrheitsparteien nicht geliebt, teilweise heftig bekämpft.

Bei der vorherrschenden "Privatisierung" geht es also gar nicht darum, dass Bürger unabhängig vom Staat für sich selbst sorgen, sich selbständig zusammentun.

"Privatisierung" bedeutet in der Praxis die einseitige Machtübernahme großer Konzerne und Investoren. Es ist für mich unverständlich, dass auch diese Art von Privatisierung von Teilen der Partei DIE LINKE unterstützt wird.

Haushaltskonsolidierung kann nicht dadurch erreicht werden, dass man das Vermögen der BürgerInnen verramscht. Kurzfristig mag das Probleme lösen, langfristig werden die Probleme verschärft.

Aus diesen Gründen bin ich sehr entschieden der Meinung, dass die LINKE sich eindeutig gegen Privatisierung aussprechen sollte.

Es geht bei der vorherrschenden Privatisierung nicht um Entstaatlichung zu Gunsten mündiger BürgerInnen, sondern um die Enteignung der BürgerInnen zu Gunsten von großen Konzernen und Investoren.

Es gilt Mechanismen zu entwickeln, dass die BürgerInnen ihr Eigentum wahrnehmen können.

Deshalb müssen wir dafür eintreten, dass sich die Unternehmenspolitik kommunaler Betriebe transparent und nachvollziehbar gestaltet und dass sie ausschließlich dem öffentlichen Interesse dient.

Viel für die Transparenz und Nachvollziehbarkeit gewährleistet die Arbeit gewählter Vertreter in den Stadt- und Gemeinderäten, insbesondere dann, wenn man wie wir in Wuppertal Fraktionsstatus hat. Die Teilnahme in den einschlägigen Gremien, die Pflicht der Verwaltung, auf Fragen der Stadtverordneten oder Bezirksvertreter umfassend Auskunft zu geben, ist dabei überaus hilfreich. Hinzu kommt noch die finanzielle Ausstattung, die es z.B. in unserem Fall ermöglicht, den Boykott durch die örtliche Presse

zumindest teilweise zu durchbrechen, Informationen in der ganzen Stadt zu verbreiten und so zumindest ein wenig Einfluss auf das Meinungsklima zu nehmen.